

## **Fraktionsrede der Freien Wähler Suhl zum Haushaltssicherungskonzept 2014 auf der Stadtratssitzung am 1.10.2014 (Ingrid Ehrhardt)**

Wir haben heute den 1. Oktober. Weshalb beginne ich mit dem heutigen Datum? Ganz logisch - weil es ein Politikum ist: Das Jahr 2014 hat noch 3 Monate, aber ein paar hundert Kommunen in Thüringen haben noch immer keinen genehmigten Haushalt, einige stehen bereits am wirtschaftlichen Abgrund. Woran liegt das? Arbeiten die Kommunen und ihre Stadträte unprofessionell, leben sie über ihre Verhältnisse? Oder liegt es viel mehr an einer Landespolitik, die falsche Prioritäten setzt? Warum sind es ausgerechnet die kleinen kreisfreien Städte, die finanziell so am Boden liegen?

Wir Freien Wähler verfolgen die Finanzausweisungen des Freistaates an die Stadt Suhl seit Jahren mit großer Besorgnis. Von Jahr zu Jahr werden diese geringer. Bürger, die in armen Städten leben, sind in Thüringen die Dummen. Sie werden immer öfter und immer kräftiger zur Kasse gebeten, ob nun bei der Grundsteuer B, Gewerbesteuern, beim Straßenausbau, bei Kita- oder Hortbeiträgen, bei Eintrittspreisen oder Gebühren etc. CDU-Finanzminister Voß ist der große Sparkommissar, in Sachsen hat er vorgemacht wie man Kommunen das Fürchten lehrt. Vielleicht wurde er ja gerade deshalb nach Thüringen weggelobt?

Trotz enormer Anstrengungen zu Einsparungen bzw. Erhöhung von Einnahmen und konsequentem Schuldenabbau - es wird nicht besser in Suhl und auch nicht in anderen Städten. Unser Eindruck - Städte mit wichtigen Umlandfunktionen wie Suhl, Eisenach oder Gera sollen am langen Arm verhungern, um in die Knie zu gehen. Doch halt - für gehorsame Kommunen wurde eine Hilfsbüchse mit ein paar Millionen Euro gefüllt. Der Köder, um an frisches Geld zu kommen, heißt „Haushaltskonsolidierungskonzept für die nächsten 10 Jahre“. Ausgeworfen hat ihn das Landesverwaltungsamt, welches dem CDU-Innenministerium unterstellt ist. Das Amt hat auch die Kriterien vorgegeben.

Das ist natürlich überhaupt keine Erpressung, auch wenn wir Freien Wähler das so sehen und uns erpresst fühlen. Wie ist doch gleich die Botschaft derer, die uns regieren? Es steht uns Stadträten völlig frei, dieses Konzept auf den Weg zu bringen oder auch nicht. Tun wir es nicht, ist jegliche Chance vertan, vom Land noch ein paar zusätzliche Millionen Euro zu bekommen. Tun wir es und bringen mehrheitlich ein Haushaltskonsolidierungsprogramm auf den Weg, haben wir zumindest die Chance auf zusätzliche Finanzmittel aus dem Landesausgleichsstock. Sollten diese wie zugesagt dann wirklich fließen, könnten wir in Suhl nach drei Jahren haushaltsloser Zeit wieder einen Haushaltsplan auf die Reihe bekommen. Die Entscheidung liegt nun bei den Fraktionen des Stadtrates.

So ziemlich alles, was im vorliegenden HSK angeführt ist, fällt unter den Begriff der unpopulären Maßnahmen. Für Kommunalpolitiker ist es deshalb wesentlich populärer, Sturm gegen Gewerbesteuererhöhungen oder gegen Kürzung von städtischen Zuschüssen zu laufen. Da kann man mal richtig scharf poltern und Flagge zeigen.

Zugegeben - wir poltern auch mal gerne. Doch welchen Sinn macht das heute? Der Finanzausschuss hat mehrere stundenlange Sitzungen zum Thema zugebracht. Das vorliegende Papier wurde regelrecht erstritten, vieles abgeschwächt, um die Stadt als lebenswerte Kommune zu erhalten. Die Fraktionen haben ebenfalls stundenlang zum Thema getagt und sich auf Kompromisse eingelassen - zumindest kann ich das mit gutem Gewissen für die unsrige sagen.

Die Situation in unserer Stadt ist zwar noch nicht ganz so schlimm wie in Eisenach oder Gera. Das HSK ist unsere derzeitige einzige Chance, nicht sehr schnell dort anzukommen, wo diese beiden kreisfreien Städte schon sind - auch wenn es schwer fällt.

Die Lasten im jetzigen HSK sind so verteilt, dass sie breit gestreut sind - vom erfolgreichen Unternehmer (übrigens zahlen 80 Prozent der Gewerbetreibenden überhaupt keine Steuern), über Eltern, Sportler, Jugend, Senioren bis zum weiteren Personalabbau in Verwaltung und städtischen Betrieben. Das Papier ist kein Dogma. Es wird sich dem Leben anpassen. Es stellt einen entwicklungs- und anpassungsfähigen Baustein in zukünftigen städtischen Haushaltsplanungen dar.

Wir Stadträte müssen uns heute bewusst sein, dass wir gewählt wurden, um die Interessen der Stadt zu vertreten und nicht die Interessen Einzelner. Wir tragen mit unserer Entscheidung heute die Verantwortung dafür, ob wir zusätzliche Millionen vom Land bekommen oder ob wir sie vergeigen. Nur mit dem erpresserisch ausgeworfenen Köder haben wir die Chance, unser Haushaltsdefizit in diesem Jahr wie auch in den nächsten einigermaßen zu schließen.

Der Haushaltsplan einer Stadt ist ihr Herzstück. Nur mit einem genehmigten Haushalt können wir Stadträte wieder selbstbestimmt und mit Blick in die Zukunft handeln. Wir wären wieder frei in unseren Entscheidungen und wir könnten endlich mit den Projekten beginnen, für welche die Fördermittel bereitliegen. Zu nennen wären das Dorferneuerungsprogramm für Goldlauter aber auch der Umbau des Hauses Philharmonie im Stadtzentrum.

Die Fraktion der Freien Wähler wird heute in Verantwortung für die Stadt und ihre Bürger entscheiden.